

Edgar. J. Forster /Elisabeth O. Wappelshammer  
Österreichisches Institut für Erwachsenenbildung, St. Pölten

## **Kommentar zum EU-Memorandum „Lebenslanges Lernen“**

### **Zu Frage 1: „Von der Wiege bis zur Bahre“**

Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für

- \* Beschäftigungsfähigkeit
- \* persönliche Entfaltung
- \* Integration in die Gesellschaft und aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben

Lebensbegleitendes Lernen ist unausweichlich. Umso verwunderter muss man eigentlich über Widerstände, Angst und Abwehr vieler Menschen gegenüber dem lebenslangen Lernen bzw. gegenüber dem lebensbegleitenden Lernen sein. Lernen wird als Zumutung empfunden, weil es mit schulischem Lernen gleichgesetzt wird, von dem man nicht profitiert, aber sich permanent unter Druck gesetzt fühlt (vgl. Antwort zu Frage 3).

Es sind aus unserer Sicht zwei Voraussetzungen notwendig, dass lebenslanges Lernen als Bereicherung erfahren wird:

- \* Lernen muss viel mehr sein als schulisches Lernen
- \* Man profitiert davon in zumindest einem Feld: in der beruflichen Tätigkeit oder persönlich oder im gesellschaftlichen Leben.

Nur wenn diese beiden Voraussetzungen gegeben sind, macht lebenslanges Lernen einen Sinn. Für den zweiten Punkt heißt das aus der Perspektive der Lernenden

- \* Ich habe berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust ist kein guter bzw. ausreichender Motivationsfaktor. Er lähmt. Es gilt, staatlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen und informelles Lernen honorieren. Das heißt auch, Förderung jener Unternehmen, die nicht nur Arbeitnehmer mit „klassischen“ Biographien anstellen. Dies lässt sich einerseits mittels arbeitsmarktpolitischer Instrumente, andererseits aber vor allem über Bewusstseinsbildung bewerkstelligen. Zertifizierung von informellen Lernprozessen allein könnte sich als kontraproduktiv erweisen, da Zertifizierungen als Form der Institutionalisierung von Lernen wiederum eine Form des formalen Lernens schaffen und damit andere, informelle Lernprozesse indirekt abwerten.

- \* Ich möchte mich persönlich entfalten. Der Nutzen dafür ist nicht einfach gegeben und einsehbar, sondern muss entwickelt werden. Hier liegt nach wie vor eine große Aufgabe für allgemeine Erwachsenenbildung. Dieser Bereich ist unaufhebbar mit Beschäftigungsfähigkeit und Partizipation am gesellschaftlichen Leben verknüpft.
- \* Auch die Partizipation am gesellschaftlichen Leben versteht sich nicht von selbst, sondern setzt eine Verantwortung für das Gemeinwohl voraus. Daneben gibt es eine Fülle individuell unterschiedlicher Motivationsfaktoren. Partizipation muss in politischer Bildung entdeckt und entwickelt werden.

Lebenslanges Lernen wird gefördert, wenn Lernen nicht mehr mit schulischem Lernen gleichgesetzt wird und wenn es für den Einzelnen beruflich, persönlich oder in bezug auf gesellschaftliche Partizipation von Nutzen ist. Der Nutzen muß entdeckt und entwickelt werden: in beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung.

### **Zur Frage 2: Der Stellenwert von Familie, Vorschule und Schule**

Weiterbildung ist nur ein Teil des lebensbegleitenden Lernens. Die Voraussetzung wird durch die Sozialisationsagentur „Schule“ geleistet (siehe Antwort zur Frage 3). Neben der Schule ist die Familie der wichtigste Ort für individuelle Lernprozesse. Dazu gehören vor allem die Vermittlung grundlegender Werte, die für die meisten Menschen lebensbestimmend oder –prägend bleiben. Hier geht es vor allem um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die informelle Lernprozesse ermöglichen oder fördern: Teilzeitarbeitsplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen, finanzielle Absicherung für AlleinerzieherInnen. Aber Achtung: Es geht hier nicht um die Förderung dessen, was gewöhnlich bildungsbürgerlicher Wissens- und Informationskanon ist. Erwachsenenbildungseinrichtungen kommt hier die wichtige Aufgabe zu, Bildungsarbeit mit/in Familien zu leisten.

Im Sinne lebensbegleitenden Lernens sind Einrichtungen der Erwachsenenbildung auch gefordert, Schulen darin zu unterstützen, den Charakter von Zwanganstalten abzubauen – etwa im Rahmen von fächer- und organisationsübergreifendem Projektunterricht.

Die Sozialisationsagenturen Familie und Schule unterliegen durch Modernisierung starken Veränderungen. Das allein löst bereits Bedarf nach Bildung im Sinne umfassender Reflexion aus.

Darüber hinaus bedarf eine „aktive Staatsbürgerschaft“ wie sie im Memorandum postuliert wird, auch neuer öffentlicher sozialer Räume, die über die Privatheit der Familie und auch über den Raum der staatlich kontrollierten und legitimierten Schulbildung hinausgehen. Es ist daher angezeigt, den Fokus auch auf neue Lernfelder und Begriffe – etwa auf den sozialen Raum im lokalen oder regionalen Umfeld.

Familie, vorschulische Erziehung, schulisches Umfeld sind wichtige pädagogische Institutionen, die die Bereitschaft zum individuellen Lernen fördern. Durch Schaffung von Rahmenbedingungen werden für das Lernen wichtige grundlegende Haltungen gefördert. Erwachsenenbildung sollte kann plurale

Lernformen und -inhalte in/mit Familien fördern und Schulen diesbezüglich im Projektunterricht unterstützen. „Aktive Staatsbürgerschaft“ bedarf darüber hinaus neuer öffentlicher Lernfelder.

### **Zu Frage 3: Zerstört Schule Lernfähigkeit und Lernbereitschaft**

Schule ist bezüglich „individueller Lerngeschichten“ immer noch die wichtigste Sozialisationsagentur. Dass die Schule eine bestimmte Idee des Lernens vermittelt, lässt sich daran erkennen, dass die Neugier von Kindern mit dem Eintritt in die Schule deutlich wahrnehmbar schwindet. Warum? Lernen wird in der Schule mit anderen gesellschaftlichen Faktoren verknüpft. Helmut Fend nennt drei gesellschaftliche Funktionen der Schule: Qualifikationsfunktion, Selektionsfunktion, Integrationsfunktion. Das heißt: Die Schule vermittelt allgemeine und berufsbezogene Qualifikationen; zugleich aber hat sie erstens über Prüfungen eine Selektionsfunktion: Schule reproduziert über Selektion gesellschaftliche Hierarchie. Zweitens werden mit dem Wissen auch bestimmte gesellschaftlich anerkannte Werte vermittelt. Das ist die Integrationsfunktion. Das sind aber nicht nur Werte wie Demokratiefähigkeit etc., sondern auch genaue Vorstellungen, was wichtiges Wissen ist, was überhaupt lernenswert ist, was Lernen bedeutet usw. Die Integrationsfunktion enthält somit immer den Aspekt von Disziplinierung. Solange die Qualifikationsfunktion, sprich: Lernen, mit Selektion und Disziplinierung verknüpft wird, werden sich Lernfähigkeit und Lernbereitschaft nicht entfalten können.

Wie beim lebenslangen Lernen muss die Schule ihre gesellschaftlichen Funktionen deutlich machen und entsprechend ihre Aufgabe formulieren. Die gesellschaftlichen Funktionen der Schule sind mit denen des lebenslangen Lernens identisch. Schule muss also Sorge tragen, dass ihre AbsolventInnen

- \* „Beschäftigungsfähigkeit“ erlangen, das heißt eine solide Grundausbildung für die Ausübung eines Berufes erhalten. Neben Fachkompetenzen gehören hier selbstverständlich Sozial- und Persönlichkeitskompetenzen dazu.
- \* sich persönlich entfalten können. Schule muss vermitteln, wie man eigene Bedürfnisse entwickeln und artikulieren kann.
- \* sich in die Gesellschaft integrieren und aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Das aktive Engagement beginnt nicht nach der Schule, sondern muss bereits im Schulalltag realisiert werden.

Wie lassen sich solche Ansprüche umsetzen?

- \* Regelmäßige Analyse und Förderung individueller Fähigkeiten nach dem Modell der „inneren Differenzierung“ (H.-J. Herber); Beratung über individuelle Schullaufbahnentwicklung.
- \* Schullaufbahnen müssen durchlässig sein und die Möglichkeiten zu scheitern (d.h. z.B. eine Schulwahl rückgängig zu machen) zulassen. Mehr „Schnupper-Angebote“ für SchülerInnen und Eltern.
- \* Mehr Teamwork, Projektarbeit, freie Arbeitszeiten
- \* Abschaffung von Noten in bestimmten Fächern; Übergehen zu Verbalbeurteilungen; Noten müssen den Stellenwert von Standortbestimmungen haben. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, individuelle „Sanierungs- und Förderpläne“ zu erstellen.
- \* Anmerkung anlässlich des Jahres der Sprachen: Abschaffen von Noten in lebenden Fremdsprachen; Intensivieren von Kommunikation in Fremdsprachen (Stichwort: fremdsprachlicher Unterricht in

ausgewählten Fächern); Sprachen als Kommunikationsinstrument begreifen (weg vom Perfektionswahn - entsprechend niederländischen Modellen)

- \* Radikales Durchforsten der Lehrpläne; Reduktion des Stoffes; dafür verknüpfen mit everyday life-problems.
- \* Einführen von Fächern wie „Lernen lernen“: Wie mit Stofffülle umgehen? Wie kann man sich Übersichten verschaffen? Woher bekommt man Wissen? Wie kann ich die Qualität von Wissen beurteilen (etwa aus dem Internet erhaltene Informationen)? Fähigkeit zur Reflexion stärken; etc.
- \* Entwickeln demokratischer Schulkulturen, in der die Partizipation von SchülerInnen nicht nur auf formale Beteiligungen beschränkt ist. Die Vereinbarung von Verhaltensregeln laufen dem zuwider. Schulparlamente, in denen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern mit gleichen Rechten ausgestattet sind und die nicht nur das Verhalten von SchülerInnen zum Gegenstand haben, entwickeln den Willen zur aktiven Gestaltung der eigenen Umwelt.

Lebensbegleitendes Lernen wird gefördert, wenn Schule ein Lernort wird, wo Lernen nicht mehr mit Selektion und Disziplinierung, sondern mit Wecken von Neugierde und Entwicklung, von Teamfähigkeit und Kreativität verknüpft wird. Dazu bedarf es einer offenen, demokratischen Schulkultur.

#### **Zur Frage 4: Nicht formalisiertes Lernen**

Charakteristisch für nicht formalisiertes Lernen ist seine fehlende Institutionalisierung. Es gibt keinen Nachweis über dieses Lernen und keine Zertifizierung. Das daraus gewonnene Wissen ist an eine bestimmte Person gebunden. Der Wert dieses Wissens wird oft nicht erkannt und genutzt. Wie ist dieses Wissen für die Gesellschaft nutzbar? Lassen sich Kompetenzen beschreiben? Ist dieses Wissen dokumentierbar und so für andere Personen nutzbar? Was sind die Grundsätze des informellen Lernens?

- \* Erstens: Die Träger dieses Wissens werden als ExpertInnen anerkannt. Es zählt nicht ein Zertifikat, sondern eine Biographie mit all ihren Brüchen und Unebenheiten.
- \* Zweitens: Solche Personen werden in Positionen eingesetzt, in denen sie ihr Wissen weitergeben können.

Was kann der Staat leisten? Er schafft Rahmenbedingungen, dass für solche Personen Betätigungsfelder entstehen. Im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es etwa eine ganze Reihe von hochspezialisierten ExpertInnen, die als freie WissenschaftlerInnen ihr Wissen der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Es wird oft übersehen, dass in einer Gesellschaft auch immer wieder Institutionen „Nischenplätze“ anbieten. Die Institutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung bieten solche Möglichkeiten. Ergo: Es gilt solche Institutionen auch mit dem Blick auf alle möglichen „Umwegrentabilitäten“ zu fördern. Die Privatisierung solcher Institutionen und die Kürzung staatlicher Förderungen haben massive Langzeitfolgen.

Was kann die Erwachsenenbildung leisten? Die Erwachsenenbildung kann die Entwicklung zu einer Neubewertung des informellen Lernens unterstützen. Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind aktuell

damit befasst, Modelle zur begleiteten Selbstreflexion von Lernbiographien aus anderen EU-Ländern für Österreich zu adaptieren bzw. weiterzuentwickeln.

Erwachsenenbildungseinrichtungen sind ein gutes Beispiel dafür, wie es gelingt, nicht formalisiertes Wissen institutionell zu binden und weiterzugeben. Ihre Aufgabe ist es auch, ganzheitliche Modelle lernbiographischer Reflexion anzubieten

### **Zur Frage 5: Bildungsschwellen**

Voraussetzung für einen leichteren Zugang zur Weiterbildung ist, dass potentielle TeilnehmerInnen einen individuellen Nutzen erkennen (vgl. Antwort zur Frage 1). Unsere These lautet: Der leichtere Zugang ist kein Problem des Wissens um die Möglichkeiten. Mehr Informationen über Weiterbildungsangebote ist nicht der richtige Weg, denn jeder der möchte, kann sich Informationen verschaffen. Das Problem besteht darin, dass die Hemmschwellen kaum überwunden werden: die Angst zu versagen, sprich: alte Schulängste; die Angst, den Anschluss verpasst zu haben; demotivierende Arbeitsverhältnisse etc.

Wir schlagen vor:

- \* Vernetzung mit sozialen Einrichtungen
- \* EBStreetwork

Besonders lohnend wäre für uns die Arbeit mit jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss. Je geringer die Zugangschancen, je bildungsabstinker die Zielgruppen sind, desto ganzheitlichere und niederschwelligere Zugänge müssen gewählt werden. Erfahrungen aus dem Bereich von Jugendarbeit und Altenarbeit zeigen, dass Erwachsenenbildung weit über bloß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hinauszugehen hat und eng mit Sozialarbeit zu verknüpfen ist. Bildung für Menschen mit geringen Zugangschancen orientiert sich idealer Weise stark an lebensweltlich orientierten Zugängen und Ansätzen.

Hemmschwellen brauchen persönliche Kontaktaufnahme. Erwachsenenbildung ist hier idealer Weise eng mit niederschwelliger Sozialarbeit verknüpft und orientiert sich an der Lebenswelt der Zielgruppen. Wir schlagen eine Form von EB-Streetwork vor.

### **Zur Frage 6: Bildungsarbeit mit älteren Menschen**

Seniorenbildung hat sich seit den 60er Jahren von Betreuungsmodellen über Belehrungs- und Trainingsmodelle in den 70er und 80er Jahren hin zu prozessorientierten Konzepten entwickelt, die sich an der Lebenswelt der Zielgruppen orientieren (vgl. Sylvia Kade). Die zeitgemäßen Anforderungen müssen seitens der Anbieter von Bildungs- und Kulturarbeit wahrgenommen und umgesetzt werden. Für die entsprechenden Grundkenntnisse in Selbstreflexion, Ortsanalysen und Moderation ist nachhaltig Sorge zu tragen.

Der Strukturwandel der Bevölkerung braucht vielfältige Initiativen für die Bildung älterer Menschen. Zugleich besteht aber auch allgemeiner gesellschaftlicher Bedarf an Reflexion, z.B. bezüglich der Bilder vom Alter: Alter besteht nicht mehr nur aus Hilflosigkeit und Bedürftigkeit, aber es gibt auch nicht nur junge fitte Alte. Der Begriff „Alter“ bezieht sich auf ein hochdifferenziertes Konglomerat an Menschen mit unterschiedlichem Gesundheits- und Bildungsstand und auch mit unterschiedlichem biologischen Alter und ist mit noch größerer Vorsicht als bezogen auf „die Jugend“ zu verwenden (vgl. Anton Amman, Die vielen Gesichter des Alters). Bildungs- und Kulturarbeit kann und soll hier auf vielfältiges Wissen aus Geriatrie und Gerontologie über die „vielen Gesichter des Alters“ zurückgreifen. Dezentrale Bildungs- und Kulturarbeit kann kleinräumig orientierte Analyseinstrumente anwenden und zur Verfügung stellen, um etwa ein Bild von den Gesichtern des Alters am Ort zu bekommen: In welchen Dorf- oder Stadtteilen leben ältere Menschen, wie sehen ihre Lebenslagen aus, was bestimmt ihre Lebenswelten? Wo sind sie sozialräumlich verortet, welche Kompetenzen haben sie, wie kann man sie (noch mehr) gewinnen, sich am lokalen öffentlichen Leben zu beteiligen? Wie kann die Gemeinde sie umgekehrt in Notsituationen unterstützen - etwa als pflegende Angehörige oder bei persönlichem Hilfebedarf?

Gesellschaftlichen Reflexionsbedarf gibt es auch bezüglich der „Kosten“ des Alters. Während in den Medien fast ausschließlich von den Leistungen der Jungen für die Alten die Rede ist, fließt ein Großteil an Geld- und Sachleistungen aus Pensionen und Vermögen auf informellem Weg den jüngeren Generationen zu und übernehmen ältere Menschen vielfältige unbezahlte Aufgaben in ihrem Lebensumfeld. An diesem Potential gilt es anzusetzen. Die Gesellschaft insgesamt, vor allem aber viele ländliche Orte brauchen diese Beteiligung der Älteren als „Freiwillige“. Bildungs- und Kulturarbeit kann lokale Politik darin unterstützen, gemeinsam mit älteren Menschen attraktive Möglichkeiten der Beteiligung zu entfalten.

Der rasche Wandel der Gesellschaft erfordert von allen Menschen permanente Selbstreflexion zur Klärung eigenverantwortlichen Handelns. Ältere Menschen stehen in besonderem Maß vor der Aufgabe, bereits erworbenes Wissen zu revidieren. Das betrifft vor allem traditionelle Erwartungen bezogen auf familiäre Pflege oder Konsumerwartungen im Freizeitbereich ihres „Ruhestandes“. Bildungs- und Kulturarbeit kann hier geeignete Räume der Selbstreflexion entwickeln und gestalten - etwa in Form von biographischer Arbeit: Welche Bilder vom Alter kennen wir, welche haben wir uns als junge Menschen angeeignet, was davon ist heute adäquat, was nicht?

Gesellschaftspolitisch wäre es fatal, nur die sogenannten „jungen“ SeniorInnen in den Blick zu nehmen. Bezogen auf die Probleme von Hochaltrigkeit müssen sich Ältere vermehrt mit prekären Lebenssituationen wie Hilflosigkeit, Sterben oder zu erwartender dementieller Erkrankung auseinandersetzen, also mit dem Management ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit, mit der „Koproduktion“ von Pflege. Bildungs- und Kulturarbeit sollte hier entsprechende Kenntnisse, aber auch Einstellungen und Haltungen fördern. Generell gilt, dass Lebensplanung über die Altersgrenze der Pensionierung hinausgehen muss.

Bezogen auf neue Medien sollten ältere Menschen sozialökologisch angepasste Einschulungen im Umgang mit dem Internet erhalten, die sich aber nicht nur auf die technischen Details beziehen, sondern sich auch auf die spezifischen Inhalte hin orientieren, um einen selbstverantwortlichen Umgang mit dem

eigenen Leben, eigenen Wünschen und eigenen Gebrechen zu fördern. Dazu gehört etwa der Besuch einschlägiger Websites der zuständigen Sozial- und Gesundheitsprengel.

EB Einrichtungen sind insbesondere gefordert, Initiativen zu setzen, die Mündigkeit älterer Menschen zu fördern, die grade bei den derzeitigen Senioren Generationen zu wünschen übrig lässt. Sie sind geprägt von fremdbestimmter Lebensführung; hier tut Not, alte Einstellungen abzulegen und sich auf eigene Wünsche und Vorhaben zu besinnen. EB muss hier mit der gebotenen Einfühlung biographisch orientiert anknüpfen an lebensweltliche Bedürfnisse und ortsspezifische Organisationsformen - etwa in Form von Zukunftswerkstätten: Wie wollen etwa wir SeniorInnen am Ort X in Zukunft leben, welche Wünsche haben wir, wie können wir dazu beitragen, sie zu erfüllen, wer kann uns darin unterstützen? Die Wünsche älterer Menschen beziehen sich in der Regel vorwiegend auf soziale Kontakte - etwa mit jüngeren Leuten. Solche Kontakte können durch Bildungs- und Kulturarbeit gefördert und gestaltet werden.

Bildungs- und Kulturarbeit könnte ältere Menschen auch darin unterstützen, „marktfähig“ zu werden bzw. es auch in prekären Lebenslagen zu bleiben. Wie wähle ich aus marktförmigen Angeboten aus, durch welchen Dienst, welche Einrichtung möchte ich mich im Ernstfall unterstützen lassen als pflegende Angehörige oder wenn ich selbst hilflos bin, wer soll mein Geld für welche Leistung erhalten? Was ist mir wichtig in einem selbstbestimmten Leben?

Auf viele Kommunen kommt ein statistischer „Altenberg“ von Hochaltrigen zu, hier kann und soll Bildungs- und Kulturarbeit lokale Politik unterstützen - etwa durch Initiierung und Gründung eines Seniorenbeirats, der seinerseits in der Lage ist, die Lage der älteren Menschen am Ort fundiert einzuschätzen und die lokalen PolitikerInnen kompetent zu beraten: Braucht es ein neues Altenheim oder reicht das vorhandene Angebot aus, braucht es eine Kurzzeitpflege zur Entlastung pflegender Angehöriger, wie werden Familien mit dementen Angehörigen unterstützt, wissen alle über das Angebot von Pflegebehelfen Bescheid, kennen alle zumindest eine Ansprechperson zur fachlichen Beratung, wie sieht das lokale Netz an ambulanten Diensten aus, welche Qualitätsstandards gibt es hier und wie können sich ältere Menschen in ihrem lokalen Umfeld engagieren? Die Zukunftsfähigkeit lokaler Politik hängt stark davon ab, wie es gelingt Öffentlichkeit zu inszenieren und zu gestalten - das Thema „Alter“ ist hierzu besonders geeignet, da es weithin akzeptiert wird und sogar akute Streitfälle auf anderen gemeindebezogenen Ebenen beruhigen kann. Bildungs- und Kulturarbeit kann gerade hier wichtige Moderationsaufgaben wahrnehmen, z.B. wenn es um ein Bürgerforum über die Klärung einer Investition zu betreutem Wohnen für SeniorInnen geht.

Regionale und lokale Bildungs- und Kulturarbeit ist gefordert, vorhandene Angebote zu vernetzen. Seitens der Sozial- und Gesundheitsdienste wächst hier dem Bildungs- und Kulturarbeit Vieles entgegen, da seitens des Gesundheitsbereichs allgemeine Wissensdefizite immer gezielter in Angriff genommen werden, eine weniger zufällige oder punktuelle Vernetzung mit Bildungsorganisationen könnte hier jedoch noch viel mehr bewirken. Das würde etwa heißen, noch systematischer Checklisten anzufertigen, welche Fachkräfte zu gerontologischen und geriatrischen Fragestellungen referieren könnten und welche Stellen des Gesundheitswesens das auch zahlen würden.

Noch orientiert sich Bildungs- und Kulturarbeit für ältere Menschen zum Großteil an Betreuungs- und Belehrungsvorstellungen der 60er und 70er Jahre oder an Trainingsmodellen aus der Tradition der 80er Jahre. Reine Konsumangebote werden schon jetzt immer weniger nachgefragt und müssen mit den neuen im Durchschnitt gebildeteren Altengenerationen mit weiterem Rückgang rechnen. Explizite Angebote für SeniorInnen schrecken tendenziell ab, man wählt zunehmend nach dem spezifischen Inhalt und nicht nach Alter. Die meisten Chancen haben daher intergenerationelle Angebote, die Älteren müssen sich aber auch umgekehrt überlegen, was sie den Jüngeren bieten, damit die sich an Vereinen und Projekten beteiligen. Im Sinne der Kultur der neuen Freiwilligkeit haben projektartige Initiativen Vorrang vor traditionellem Vereinsleben.

Seniorenbildung hat sich seit den 60er Jahren von Betreuungsmodellen über Belehrungs- und Trainingsmodelle in den 70er und 80er Jahren hin zu prozessorientierten Konzepten entwickelt, die sich an der Lebenswelt der Zielgruppen orientieren. Zeitgemäße Konzepte der Bildungsarbeit beziehen sich in differenzierter Weise auf die „vielen Gesichter des Alters“ und kooperieren mit lokaler und regionaler Politik und Sozialarbeit.

### **Zu Frage 7: Basis-Qualifikationen – insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien**

Die paradoxen Phänomene gesellschaftlicher Modernisierung brauchen Fähigkeiten und Bereitschaften zum Leben mit Differenzen und Widersprüchen – etwa die Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Distanz gegenüber Fundamentalismen jeder Art. Um sinnvolle zukunftsorientierte Entscheidungen bezüglich der eigenen Entwicklung und Weiterbildung zu treffen, braucht es Kompetenzen zur Reflexion und Gestaltung der eigenen Biographie. Für den konstruktiven Umgang mit den vielfältigen Erscheinungsformen pluraler Gesellschaft braucht es soziale Kompetenzen – etwa die Kompetenz, differente Anschauungen und Sinnkonzepte zu verhandeln.

Zum ordnenden und bewertenden Zugriff auf die Fülle zugänglicher Daten, braucht es grundlegende analytische Fähigkeiten. So ist die zentrale Grundlage für den täglichen Umgang mit Textverarbeitung schließlich das Lesen und Schreiben in einem umfassenden Sinn: Lesen im Sinne geschulter Erfassung des Gehalts eines Texts, Schreiben als argumentative oder erzählende Textentfaltung. Indem Maschinen bei der Ausführung von Algorithmen einen immer festeren Platz einnehmen, braucht es als Voraussetzung für den sinnvollen Umgang damit imaginative Kompetenz, um Ergebnisse abschätzen zu können. Imagination ist auch im Zusammenhang mit den virtuellen Welten des Bildschirms gefordert: Was bedeutet die Umsetzung virtueller Bilder auf das reale Leben? (vgl. Gernot Böhme)

Im Sinne der „reflexiven Moderne“ (vgl. Ulrich Beck) müssen Angebote der Erwachsenenbildung weit über den bloßen Erwerb von technisch-instrumenteller Kompetenz hinausgehen und sich auch auf einen Diskurs über kritische Aspekte der Folgen von Neuen Technologien beziehen.

Zentrale Grundkompetenzen beziehen sich in erster Linie auf den konstruktiven Umgang mit Komplexität und Widersprüchen. Der tägliche Umgang mit Neuen Medien erfordert die Kompetenz des Lesens und Schreibens in umfassendem Sinn sowie die Kompetenz des Imaginierens.

### **Frage 8: Zur Finanzierung**

Eine generelle sozialökologische Haltung bei Interventionen auf dem Sektor der Bildungs- und Kulturarbeit erlaubt eine effiziente Platzierung der immer knapperen Mittel. In einer konsequenten Orientierung am Prinzip der Vernetzung und Synergie steckt Potential zur Einsparung, weil sie baulichen Investitionen Nachrang verleiht und vorhandene Ressourcen besser nützt.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass diesbezügliche Leistungen als hochprofessionelle und entsprechend bezahlte Tätigkeiten anerkannt werden.

Lokal und regional orientierte Bildungsarbeit achtet zunehmend auf den gegenseitigen Nutzen von Bildung, Politik und sozialer Arbeit. So kann Bildungs- und Kulturarbeit lokale und regionale Konfliktfelder aufgreifen und moderieren, gemeindebezogene Aufgabendiskussionen leiten, attraktive Aufgaben für freiwillige Arbeiten entwickeln helfen und mit niederschweligen Zugängen soziale Arbeit unterstützen. Ein wesentlicher Anreiz ist es, wenn Politik solche Entwicklungsangebote aufgreift und honoriert – mit Geld und/oder Einfluss auf die lokale Gestaltung von Politik. Entsprechende Modelle aus dem EU-Raum können als Vorbild dienen. So haben etliche Gemeinden im Rahmen eines Projekts zu Bürgerschaftlichem Engagement des Landes Baden-Württemberg ihre Budgets schwerpunktmäßig auf Bürgerschaftliches Engagement und seine professionelle Unterstützung ausgerichtet. Hier würde zugleich also auch das Ziel der „aktiven Bürgerschaft“ gestärkt (vgl. Klie/Roß und Trübenbach-Klie).

Dass Organisationen der EB von solchen Umstrukturierungen profitieren, setzt voraus, dass sie sich entsprechend wandeln. Ein solcher Wandel braucht aber Zeit und Impulse der professionellen Entwicklung, ein radikaler Kahlschlag im Sinne einer Sparpolitik ist daher wegen der zu erwartenden Folgekosten zu vermeiden.

Bezogen auf zusätzliche Mittel hat Österreich Aufholbedarf bezüglich der allgemeinen Kultur des Bildungs-Sponsorings oder eines entsprechender Stiftungswesens. Hier ist es nicht zuletzt Aufgabe des Staates und der Medien Betriebe und Stiftungen von ihrer diesbezüglichen gesellschaftlichen Verantwortung zu überzeugen – möglicherweise mit steuerlichen Erleichterungen, aber auch unter dem Aspekt nachhaltigen sozialen Friedens (vgl. Ulrich Beck) und gesellschaftlicher Vitalität (vgl. Klie/Roß). Die notwendige Basisfinanzierung wird zugleich Teil des staatlichen Budgets bleiben. Sie garantiert die Berechenbarkeit flächendeckender Leistungen und zusätzliche Mittel aus dem EU-Budget.

Zur sparsamen Verwendung von Mitteln empfiehlt sich die konsequente Orientierung am Prinzip der Vernetzung und Synergie und an professionell begleitetem Bürgerschaftlichen Engagement. Anreiz ist die Anerkennung durch entsprechende Bezahlung bzw. durch einen Zugewinn an Einfluss auf lokale Politik. Genereller Aufholbedarf besteht bezüglich Bildungs-Sponsoring und Stiftungswesen – mit steuerlichen Anreizen und mit dem Anreiz gesellschaftlicher Vitalität und der nachhaltigen Sicherung des sozialen Friedens.

### **Zur Frage 9: Familiäre und berufliche Verpflichtungen**

Vorhandenen familiären Verpflichtungen können auf verschiedene Weise begegnet werden. Wesentlich ist ein ausreichendes Netz an unterstützender Infrastruktur wie Einrichtungen zur Kinderbetreuung und zur Betreuung für zu pflegende Angehörige (Kurzzeitpflege, ambulante und stationäre Einrichtungen etc.). Doch bedarf es auch einer offenen Haltung bei den Betroffenen, sich entsprechende Unterstützung zu holen. Bildungs- und Kulturarbeit kann Angebote zur individuellen Reflexion des eigenen Bedarfs an Hilfe und Unterstützung machen und an kleinräumigen Netzen nachbarschaftlich und freiwillig organisierter sozialer Netze weben.

Berufliche Verpflichtungen sollten seitens der Firmenkulturen immer auch Bildungsmöglichkeiten einschließen. Generell sollte in Österreich der Bildungsurlaub gesetzlich verankert werden.

Der Hürde vorhandener familiärer Verpflichtungen ist durch ein ausreichendes Netz an unterstützender Infrastruktur wie Einrichtungen zur Kinderbetreuung und zur Betreuung für zu pflegende Angehörige zu begegnen. Die gesetzliche Verankerung des Bildungsurlaubs würde der Hürde beruflicher Verpflichtungen entgegenwirken.

### **Zur Frage 10: Innovative Lehr- und Lernmethoden**

Die Bildungs- und Kulturarbeit hat ein umfangreiches Instrumentarium an innovativen Lehr- und Lernmethoden entwickelt, zugleich muss sie sich von der Logik verabschieden, dass Lehren auch Lernen nach sich zieht.

Die Wissensgesellschaft verlangt die Bereitschaft und Fähigkeit, in den paradoxen Feldern moderner Gesellschaft zu handeln: Die Bedeutung des Lernens wird immer gewisser, die Tragweite von Entscheidungen, etwas Bestimmtes zu lernen, aber immer ungewisser. Lernen ist eine lebenslang zu befolgende Norm, aber die Normen des Lernens und der Biographie lösen sich auf. Innovative Methoden gehen daher weit über die Vermittlung von kognitivem Wissen hinaus und wenden sich dem Habitus, der Identität, den emotionalen und sozialen Kompetenzen, der Deutungs- und Kritikfähigkeit zu und ermöglichen den Erwerb von Gestaltungskompetenz. Das schließt auch Fragen bezüglich neuer Technologien mit ein: Wie sehr lasse ich mich von meinem mobilen Telefon oder der Mailbox kontrollieren und tyrannisieren, wie oft erlebe ich den Luxus der Muße und Stille? Die modernen Datensysteme erfordern Bewertung, Synthese und permanente Leistungen des Vergessens – das muss bei der Entwicklung neuer Methoden mitbedacht werden.

Lehren und Lernen fließen ineinander, methodische Kompetenz bedeutet daher auch, die Rollen des Lehrens und Lernens flexibel wechseln zu können. Bildungs- und Kulturarbeit kreiert und gestaltet offene und prozessorientierte Räume zur Reflexion - insbesondere zum Umgang mit neuen Technologien.

Innovative Methoden gehen weit über die Vermittlung von kognitivem Wissen hinaus und wenden sich dem Habitus, der Identität, den emotionalen und sozialen Kompetenzen und der Deutungs- und Kritikfähigkeit zu. Sie werden zur Gestaltung offener Räume für Reflexion eingesetzt – auch in Bezug auf neue Technologien.

### **Zu den Fragen 11 und 13: Modularisierung von Ausbildungsgängen und Projektorientierte Aus- und Fortbildung von Fachkräften im Bildungsbereich**

Modularisierte Angebote haben gegenüber herkömmlichen Bildungsangeboten mehrere Vorteile:

- \* Durch die Modularisierung lassen sich einzelnen Weiterbildungsabschnitte für unterschiedliche Abschlüsse anrechnen.
- \* Es gibt für alle TeilnehmerInnen *eine* gemeinsame Grundausbildung, die kostengünstiger als in der herkömmlichen Form angeboten werden kann.
- \* Die Modularisierung bietet den Vorteil, Weiterbildungsplanung individuell zu gestalten. Dies hat sowohl für die TeilnehmerInnen als auch für die Arbeitgeber Vorteile.
- \* Die Lehre ist in starkem Ausmaß projektbezogen. Auf diese Weise können die TeilnehmerInnen ihr Expertenwissen, das sehr oft nicht-formell ist, einbringen. Es erhält dadurch einen höheren Stellenwert.

Die Salzburger Landeskrankenanstalten haben gemeinsam mit der Universität Salzburg und dem ÖIEB (Evaluation) modularisierte Weiterbildungslehrgänge im Bereich der Krankenanstalten (für Lehrende in Gesundheits- und Pflegeberufen, für Führungskräfte im Gesundheitswesen) entwickelt.

Dieses Modell ließe sich auch auf andere Weiterbildungsprozesse anwenden. Derzeit ist ein Universitätslehrgang im Bereich der Erwachsenenbildung in Planung. Träger wird das Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Wien sein. Das ÖIEB ist Partner. Wichtig wäre eine Vernetzung mit bereits bestehenden Aus- und Weiterbildungsinstitutionen (z. B. Strobl). Universitäten bieten (gemeinsam mit EB-Einrichtungen) mit den Möglichkeiten, die das UniStG vorsieht (Universitätslehrgänge usw.), beste Voraussetzungen für die Entwicklung gemeinsamer Aus- und Weiterbildungsangebote. Modularisierung von Angeboten hat sich mittlerweile durchgesetzt.

Projektstudien ermöglichen die Verknüpfung von formellen mit nicht-formellen Lernprozessen. Als beispielhaft für die österreichische universitäre Ausbildung kann etwa der Fakultätslehrgang für Bildungs- und Kulturarbeit an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien genannt werden, der sechs Jahre lang sogar gewinnbringend organisiert werden konnte und 1998 im Zuge der Umstrukturierung der Universität (zumindest vorläufig) beendet wurde.

Bildungs- und Kulturarbeit darf schließlich nicht nur als Feld für geisteswissenschaftliche Fächer betrachtet werden. Öffentliche Diskussionen über Gentechnik und Atomkraft legen nahe, dass sich an der qualifizierten Bildungsarbeit mit Erwachsenen auch naturwissenschaftliche Fächer beteiligen müssen.

Modularisierung ist rationeller und kostengünstiger, individueller zu gestalten und verbindet formelles mit informellem Lernen. Universitäten können auf gelungene Angebote projektorientierten Lernens zur Aus- und Fortbildung von MitarbeiterInnen des Bildungs- und Kulturwesens zurückgreifen.

### **Zu Frage 12: Berufs- und Bildungsberatung**

Die Qualifikation von BildungsberaterInnen computergestützter Systeme zur Berufs- und Bildungsberatung muss weit über die rein technische und dokumentarische Handhabung des Mediums hinausgehen und innovative Lehr- und Lernmethoden einbeziehen (siehe Frage 10).

### **Zu Frage 14: Regionale Zugangsmöglichkeiten: Bildungszentren/Vernetzung/Verbund**

Spätestens seit Anfang der 90er Jahre werden in Österreich in verschiedenen Tagungen und Projekten Ansätze von Regionalisierung von Bildungs- und Kulturarbeit mit Fachleuten verschiedenster Disziplinen aus Regionalentwicklung, Gemeinwesenarbeit, Stadt- und Dorferneuerung und kritischer Volkskunde diskutiert. Ausgehend davon wurden auch bereits etliche Entwicklungspläne zu regionaler Kooperation erarbeitet wie etwa im Rahmen des Forums für EB in NÖ (=FEN), dessen Plan sich auf den Zeitraum von 1999-2003 bezieht.

Die Träger-Verbände des ÖIEB bemühen sich ebenfalls spätestens seit Beginn der 90er Jahre um regionale Vernetzung, ein aktuelles Beispiel ist ein Regionalisierungsprogramm des Bildungs- und Heimatwerks NÖ (Evaluation durch das ÖIEB). Darüber hinaus gibt es auch sogenannte „Regionalstellen“ (z.B. seitens des Katholischen Bildungswerks NÖ. oder des Volksbildungswerks für das Burgenland).

Praktisch bedeutet regionale Vernetzung verschiedenste Interventionen, die unterschiedlichste Organisationen und Personengruppen miteinander in Austausch und Kooperation bringen. Auch das ÖIEB hat mit solchen Projekten begonnen, um seine Trägerverbände darin zu unterstützen, die Verbindung zu den alltäglichen Lebensinteressen ihrer Zielgruppen zu stärken und entsprechende Modelle zu entwickeln – z.B. zum Thema Seniorenmitsprache oder Volksmusik – Traditionen:Brüche. Die diesbezüglichen Kooperationen mit Universitäten, Kommunen, dem ORF etc. zeigen, wie groß die Bandbreite von Erwachsenenbildung als Brücke zwischen Verbänden, Vereinen, Politik, Verwaltung und Bevölkerung sein kann.

In Bezug auf „Best-Practice-Modelle“ erscheint uns besonders wichtig, dass es nicht ein abstraktes Bestes gibt, sondern dass gerade bei regionaler Vernetzung die Eingebundenheit in den jeweiligen Kontext die Qualität bestimmt.

Problematisch erscheint uns, wenn es zu keiner stimmigen Balance zwischen professioneller Erwachsenenbildung und Ehrenamtlichkeit kommt, sondern wenn regionale Vernetzung den Ehrenamtlichen überlassen wird. Wir halten ehrenamtliches Engagement für ein unverzichtbares Element in der Bildungs- und Kulturarbeit, aber wir glauben nicht, dass man sie alleine lassen sollte, weil sie dann ihren eigenen Interessen und Interessensgruppierungen ausgeliefert sind und der Blick auf das Ganze leidet. Professionelle halten dagegen leichter das Ganze, eben auch die Region, im Blick. Ehrenamtliche brauchen zudem Unterstützung und Begleitung.

Außerdem beobachten wir in manchen Fällen, dass Kommunikation vor Ort an den Vereinsgrenzen endet, wo eigentlich die Kooperation aller Kräfte regional zu organisieren wäre. Wegen solcher Schranken kommt es nämlich leicht zu Parallelstrukturen – alle machen ein bisschen von demselben.

Mögliche Verbesserungen: Die Einsicht, dass Ressourcenvernetzung auch Ressourcenerweiterung bedeutet, muss auch durch gewisse Anreize verdeutlicht und transportiert werden.

Ein Anreiz könnte von professionell vernetzenden Regionalstellen ausgehen, die kooperative Projekte initiieren, wie das etwa bereits in den späten 80er Jahren seitens des BMBWK und des Landes NÖ angedacht wurde: Gemeinsame Werbung, gemeinsame QS, gemeinsame Fortbildungen, gemeinsames Sponsoring etc.

Ein wichtiger Anreiz kann von Projektgeldern ausgehen. Das sollten eher kleine Töpfe sein, weil kleine Projekte erfahrungsgemäß mehr Anbindung an die örtliche Bevölkerung und deren Bedürfnislagen aufweisen als große Projekte, die sehr rasch Event-Charakter erhalten.

Ein solcher Anreiz könnte auch sein, auch auf Bundes- oder Landesebene Betriebe für Kooperationen und Bildungssponsoring zu gewinnen. Bei Kooperationen mit Universitäten könnte man dafür auch das Know How der Außeninstitute der Universitäten nutzen. Ein zentrales Argument der Regionalentwicklung in diesem Zusammenhang ist die „regionale Vitalität“, die allen nützt, insbesondere auch der Wirtschaft.

Kooperationen mit den Medien: Die Redaktion Ö1 des ORF initiiert und begleitet Projekte zur Verbindung zu wirtschaftlicher Regionalentwicklung und Regionalplanung (Helmuth Waldert et.al.). Diese Ansätze erscheinen noch sehr unverbunden, sollten aber wahrgenommen und in allfällige Konzepte einbezogen werden.

<p>Mit Ressourcenvernetzung werden Ressourcen erweitert. Regionale Vernetzung bedeutet verschiedenste Interventionen, die unterschiedlichste Organisationen und Personengruppen miteinander in Austausch und Kooperation bringen. Die Qualität bestimmt sich nach der Eingebundenheit in den jeweiligen Kontext der Zielgruppen. Sie braucht die stimmige Balance zwischen bezahlter professioneller und ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Finanzierung kleinräumiger Projekte garantiert die beste Anbindung an die örtliche Bevölkerung und deren Bedürfnislagen</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

### **Zur Frage 15: Bildungsforschung und internationale Zusammenarbeit**

So unbestritten die Bedeutung lebenslangen Lernens ist, so wenig nachhaltig erforscht sind seine Ursachen, Rahmenbedingungen und Formen sowie Veränderungstendenzen und Lösungsmöglichkeiten (vgl. Forschungsmemorandum des Deutschen Instituts für EB/= DIE).

In Österreich ist die Forschungslandschaft im Bereich der Bildungsforschung übersichtlich, trotzdem gibt es Zusammenarbeit nur punktuell, abhängig von persönlichen Initiativen. Es fehlen derzeit auch allgemeine, verbindliche Datengrundlagen, die der Forschung zur Verfügung stehen. So gibt es etwa in Deutschland alle drei Jahre einen für Deutschland repräsentativen Weiterbildungsbericht, der präzise Auskunft über das Weiterbildungsverhalten der Deutschen gibt. Mit der Vollrechtsfähigkeit der Universitäten ist die Zukunft universitärer Bildungsforschung mehr als fragwürdig. Hier sind Initiativen der öffentlichen Hand gefragt.

Neben der anwendungsbezogenen Forschung muss die grundlagenorientierte Forschung und Dokumentation verstärkt werden, um Voraussetzungen für systematische und international vernetzte Forschungsprojekte zu schaffen und die gehaltvolle Theoriebildung auf breiter Basis zu fördern. Bildungsforschung muss zudem so angelegt sein, dass Praxis, Öffentlichkeit und Politik in Kommunikation mit Wissenschaft und Forschung treten. Eine solche Bildungsforschung braucht entsprechende Ressourcen.

Denkbar wäre etwa die Einrichtung von regelmäßigen Forschungsschwerpunkten zur Bildungsforschung (ähnlich dem Forschungsschwerpunkt des bm:bwk „Universitäten forschen für die Gesellschaft“), die allen freien und institutionellen ForscherInnen-Teams offenstehen.

Die nur punktuellen Kooperationen in der überschaubaren österreichischen Forschungslandschaft und die für systematische Forschungen fehlenden Datengrundlagen erfordern staatliche Initiative. Regelmäßige Forschungsschwerpunkte zu Bildungsforschung für freie und institutionelle Forschungsteams könnten für die notwendige anwendungs- und grundlagenbezogene Forschung sorgen und auch die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik verbessern.

Literatur:

Anton AMANN, Die vielen Gesichter des Alters. – Wien 1989

Rolf ARNOLD, Peter FAULSTICH et.al, Forschungsmemorandum für die Erwachsenen- und Weiterbildung. – Frankfurt/M 2000

Ulrich BECK, Schöne neue Arbeitswelt. – Frankfurt/M 1999

Gernot BÖHME, Bildung als Widerstand. Was sollen Schulen und Hochschulen lernen? Ein Versuch über die Zukunft des Wissens. In: Die Zeit/Reformwerkstatt 38/1999

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Kommentar zum EU-Memorandum  
Helmut FEND, Theorie der Schule. – München 1981

Hans Jörg HERBER, Innere Differenzierung im Unterricht. – Stuttgart 1983

Sylvia KADE, Altersbildung. Ziele und Konzepte. – Frankfurt 1994

Thomas KLIE, Paul-Stefan Roß, Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement  
als Herausforderung. – Freiburg 2000

Annegret TRÜBENBACH-KLIE, Lerneffekte im Prozess der Förderung Bürgerschaftlichen  
Engagements in kleinen Gemeinden. In: Pöllinger Briefe Heft 2, 2001 (im Erscheinen)